Zeitschrift: Neujahrsblatt / Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel

Herausgeber: Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel

Band: 164 (1986)

Artikel: Die Geschichte der Basler Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1914 : I. Band

Autor: Haeberli, Wilfried

Kapitel: 2.: Wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen, 1886-1900

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1006771

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

zeption bedeutende Sekundantendienste. Karl Moor, der bei dieser Gelegenheit erstmals einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurde, benützte die Anwesenheit zahlreicher Lehrer bei einer von seinem Verein einberufenen Volksversammlung vom August 1882, um vor der grösstenteils nichtsozialdemokratischen Zuhörerschaft die Ziele der Sozialdemokratie zu erläutern und nachzuweisen, dass es in kulturpolitischen Fragen keinen Gegensatz zwischen Freisinn und organisierter Arbeiterschaft gebe.[87] Das Gesetz wurde am 26. November 1882 in der Eidgenossenschaft deutlich verworfen, in Basel bei grosser Stimmbeteiligung knapp angenommen.

Bei den Abstimmungen der Jahre 1884/85 konnte der in Auflösung begriffene Arbeiterbund nicht mehr eingreifen, wie er schon in den vorangehenden Jahren nur noch eine untergeordnete Rolle gespielt hatte. Die Arbeiterpolitik wurde nun im wesentlichen von den Grütlivereinen und deren Dachverband, de facto von Eugen Wullschleger, gemacht.

Bei der gegen die geistlichen Lehrkräfte der katholischen Schule gerichteten kantonalen Abstimmung vom 24. Februar 1884 (Ausschluss von Mitgliedern religiöser Genossenschaften von der Lehrtätigkeit) solidarisierte sich der Grütliverein gemäss seinem *laizistischen Staatsschul-Credo* vollständig mit dem Freisinn;[88] die Vorlage wurde denn auch mit starkem Mehr angenommen.

Bei der vier eidgenössische Vorlagen zusammenfassenden Abstimmung vom 11. Mai 1884 gab Wullschleger, nach ausführlicher Argumentation, erneut die Ja-Parole aus.[89] Alle vier wurden im Bund verworfen, in Basel dagegen angenommen. Schon hier zeigte sich, dass Wullschleger willens war, von sachlichen Gesichtspunkten aus an Abstimmungsvorlagen heranzutreten und sowohl persönliche wie Prestigegründe zurücktreten zu lassen.

Die letzte Abstimmung des hier erfassten Zeitraums betraf die Bundesregelung der Alkoholfrage. Wieder einmal gelang es, die Grütlianer und Sozialdemokraten zu einer gemeinsamen Stellungnahme zu bringen. Wullschleger warf der Vorlage unsozialen Charakter vor; praktisch führe sie weniger zur Bekämpfung der Trunksucht als zur Einführung einer vornehmlich die unteren Volksschichten belastenden Steuer.[90] Die Vorlage wurde in Bund und Kanton im Herbst 1885 angenommen. Wullschleger kommentierte den Misserfolg seiner Anstrengungen mit dem Hinweis, die nichtorganisierten Arbeiter seien wieder einmal nicht an die Urnen zu bringen gewesen.[91]

2. Kapitel:
Wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen, 1886–1900[1]

Auch in den letzten anderthalb Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts hielt die *Binnenwanderung* an: vom Dorf in die Stadt, von der Landwirtschaft in die Fabrik und ins Büro. Nach dem verlangsamten Wachstum in den achtziger Jahren (1,74% pro Jahr)

stellte der Bevölkerungszuwachs zwischen 1888 und 1900 – vor allem im letzten Jahrfünft des Jahrhunderts – alles Bisherige in den Schatten. In dieser Zeit nahm der Kanton jährlich um 3,56%, insgesamt um 38 478 auf 112 227 Einwohner zu. Die Stadt zählte 1900 109 161 Einwohner. Gleichzeitig lässt sich ein starkes *Wachstum* der basellandschaftlichen *Nachbargemeinden* feststellen, die den Aufschwung ihrer Lage als Vororte Basels verdankten. Da die Zuwanderer vornehmlich *junge Leute* beiden Geschlechts waren, die zu früher Heirat neigten, nahm die Zahl der jüngeren Bevölkerungsgruppen signifikant zu.

Basel war kurz vor der Jahrhundertwende statistisch zur *Grossstadt* geworden. Zwischen den beiden Volkszählungen von 1888 und 1900 ging die Zahl der Kantonsbürger prozentual erneut zurück: von 29,6% auf 25,8%. Gleichzeitig nahm die Zahl der Ausländer weiterhin massiv zu. Wenn je von *Überfremdung* gesprochen werden konnte, dann um 1900 in Basel: Von 100 Einwohnern des Stadtkantons waren 38,1 Ausländer! Immer noch überwogen die Deutschen bei weitem (86% der Ausländer); ein Zehntel stammte aus Elsass-Lothringen. Eine starke Zunahme (von 410 auf 2660 zwischen 1888 und 1900) erfuhr die italienische Kolonie. Bemerkenswert ist, dass um die Jahrhundertwende 217 Russen in Basel lebten. Der ausländische Anteil in der Industrie betrug 42%, im Baugewerbe 55%, in der Textilindustrie 27%.

Wie in der Schweiz und in den andern Industrieländern kam die verstärkte Landflucht gegen Ende des Jahrhunderts auch in Basel vor allem dem dritten Erwerbssektor, dem *Dienstleistungsgewerbe,* zugut und hier vornehmlich dem Bereich Verkehr. Eisenbahner, Tramangestellte und Staatsarbeiter stellten Lohnarbeiterkategorien dar, die prinzipiell ebenso als Rekrutierungsfeld der Arbeiterbewegung in Frage kamen wie die handwerklichen und die Fabrikarbeiter.

Innerhalb des zweiten Erwerbssektors, Handwerk und Industrie, setzte sich der strukturelle *Rückgang der Textilindustrie* fort, obschon sie immer noch die Hauptindustrie Basels blieb. Die wachsende Bevölkerung fand dafür in aufstrebenden Industrien Arbeit, vor allem in der Baubranche, in der Maschinenindustrie (neunzigprozentige Zunahme zwischen 1888 und 1900) und in der chemischen Industrie (Teerfarben, pharmazeutische Produkte). Ganz allgemein *verbreiterte* sich gegen die Jahrhundertwende die *industrielle Basis*; zugleich ging die Zahl der erwerbstätigen Frauen relativ zurück, da sie für die neuen Industrien, für das Bauhandwerk und für den Verkehr als ungeeignet galten.

Die Konjunkturforschung unterscheidet, mindestens seit Spiethoff, zwischen langfristigen und kurzfristigen *Konjunkturwellen.* In leichter Abweichung gegenüber seinen Nachbarstaaten erlebte unser Land nach dem langfristigen Aufschwung von 1849 bis 1875/76 eine Depressionsperiode mit verlangsamtem wirtschaftlichem Wachstum von 1876 bis 1894 und einen erneuten langfristigen Konjunkturanstieg von 1895 bis 1913. Berücksichtigt man neben den langfristigen Trends noch die kurzen Wirtschaftskreisläufe, so ergeben sich für Basel ähnliche Abläufe, wie sie Hans Rosenberg für das Wilhelminische Deutschland feststellt: drei zyklische Depressionen (1873–

1879, 1882–1886, 1890–1894), zwei eingeschobene Anstiege (1879–1882, 1886–1889) und seit Ende 1894 der Beginn eines dritten Aufschwungs. Allerdings ist dabei zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen zu differenzieren. Die Seidenindustrie behielt zwar ihre führende Stellung, erlebte aber nur ganz kurzfristige Aufschwünge, die den strukturellen Niedergang nicht aufzuhalten vermochten. Dabei bildete die Seidenfärberei das Barometer für den Geschäftsgang der Seidenbandindustrie. Die chemische Industrie zeichnete sich durch einen ausgeglichenen Geschäftsgang aus; vor allem die Produktion pharmazeutischer Artikel erlebte einen relativ regelmässigen Anstieg. Der Bausektor wirkte, wie in der übrigen Schweiz, weitgehend als Konjunkturpuffer, allerdings mit wetterbedingten Baissen im Winter.

Charakteristisch für die letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts ist die Entstehung *neuer Arbeiterviertel.* In Basel betrifft dies das Gundeldingerquartier, die Breite und das Horburgquartier, das sich bis zum 1893 eingemeindeten Kleinhüningen erstreckte. Zwar in geringerem Ausmass als in ausländischen Grossstädten, wurde die Mietskaserne auch in Basel zum Kennzeichen ganzer Strassenzüge. Die soziale Trennung in verschiedene Klassen wurde der Bevölkerung jetzt auch räumlich demonstriert.

In solchen Lebensverhältnissen konnte sich ein ausgeprägteres *Klassenbewusstsein* entwickeln als in Gebieten mit dezentralisierter Industrie.

Schwierig ist es, ein allgemein gültiges Urteil über die *soziale Lage* der Basler Arbeiterschaft in den letzten 15 Jahren des 19. Jahrhunderts abzugeben.

Was die *Arbeitszeit* betrifft, hatte das eidgenössische Fabrikgesetz von 1877 den elfstündigen Normalarbeitstag eingeführt. In den handwerklichen Berufen waren aber Arbeitszeiten von 13–17 Stunden nicht Einzelfälle. Ähnliches galt – trotz dem Basler Arbeiterinnenschutzgesetz von 1884 – für die sogenannten weiblichen Berufsarten (Näherinnen, Schneiderinnen etc...) Die kürzeste Arbeitszeit wiesen die Typographen des «Vorwärts» und des «Basler Volksblatts» mit neun Stunden auf, wo sich starke Organisation und arbeiterfreundliche Arbeitgeber ergänzten.

Bezüglich der *Löhne* bildete das Akkordsystem in der Seidenbandindustrie weiterhin einen Stein des Anstosses bei weniger geschickten Arbeitern und Arbeiterinnen; in der Mehrzahl der andern Wirtschaftszweige galten dagegen feste Löhne. Im Durchschnitt scheinen die Basler Arbeiter etwa Fr. 4.50 im Tag verdient zu haben. Die Einkommensverhältnisse der Arbeiterschaft verbesserten sich zwar im letzten Viertel des Jahrhunderts, aber nicht im Verhältnis zur Zunahme der Arbeitsproduktivität, d.h. der steigenden Qualifikation der Arbeitskräfte, der Intensivierung des Arbeitsprozesses und der verbesserten technischen Ausrüstung der Betriebe. Dem Steigen der Reallöhne auch in der Zeit der grossen Depression stand die Erhöhung der Lebensmittelpreise und Mieten gegenüber, so dass auch zu Ende der hier untersuchten Periode der Arbeiterlohn nicht ausreichte, um für eine mittelgrosse Familie aufzukommen. Nach regierungsrätlichem Verwaltungsbericht bewegte sich um die Mitte der neunziger Jahre das jährliche Einkommen von 50% der Steuerpflichtigen

zwischen 800 und 1200 Franken. Der tiefere Betrag lag eindeutig unter, der höhere an der Grenze des Existenzminimums für einen Familienvater. Über die Unterbezahlung der weiblichen Arbeitskräfte ist an anderer Stelle die Rede. Ärger verursachte der Brauch zahlreicher Prinzipale vor allem im Baugewerbe, den halben Lohn in Deutschmark zu zahlen; beim damaligen Kurs war dabei der Arbeitnehmer der Geschädigte.

Obschon das eidgenössische Fabrikgesetz und die Tätigkeit der Fabrikinspektoren die Unfallgefahr und die gesundheitliche Schädigung verringerten, blieb die *gesundheitliche Gefährdung* in gewissen Berufen, zum Beispiel bei den Bierbrauern und Chemiearbeitern, bestehen. So erwies sich die Arbeiterschaft besonders anfällig für die Tuberkulose. Was Roland Ruffieux für die Schweiz im allgemeinen festhält, dürfte auch für Basel gelten: «In den achtziger Jahren verkürzten die gefährlichen Berufe die 43 Jahre, die der Schweizer im Durchschnitt bei seiner Geburt vor sich hatte, noch um einen Drittel.»

Allerdings, in der chemischen Industrie war man sich der Risiken bewusst. So erliess die Firma Johann Rudolf *Geigy* 1897 ein *Lohnregulativ,* das für jene Zeit eine echte Pionierleistung darstellte, umso mehr als zahlreiche Bestimmungen schon 10–20 Jahre früher erlassen worden waren. Zwar war das Lohnniveau (Durchschnittslohn 4 Fr. im Tag) relativ tief; dagegen gewährte die Firma schon sechs Tage Ferien bei vollem Lohn vom dritten Dienstjahr an und versicherte ihre Angestellten ohne deren Kostenbeitrag sowohl gegen Krankheit wie gegen Unfall. Die Pensionierung erfolgte nach dem 25. Dienst- und vollendeten 60. Lebensjahr. Die Pension betrug 2% der letzten Jahresbesoldung, vervielfältigt um die Zahl der Dienstjahre bei einem Maximum von 1000 Franken im Jahr. Dass die Kunde von solchen Wohlfahrtsleistungen zahlreiche Auswärtige nach Basel lockte, kann nicht verwundern; nur ein kleiner Teil fand dann aber Arbeit bei einer so sozial aufgeschlossenen Firma.

Was die Basler Arbeiter, vor allem die Seidenbandweber und die Bauarbeiter, jedoch am stärksten belastete, war das Schreckgespenst der *Arbeitslosigkeit.* In den neunziger Jahren wurde saisonale Arbeitslosigkeit bei den Posamentern sozusagen zum Normalzustand. Nahm sie überdurchschnittliche Dimensionen an, so bildeten sich *Hilfskomitees,* in denen Pfarrer und Linksfreisinnige neben Arbeitervertretern den Ton angaben. Spenden gingen von der Regierung und vom ACV, in geringerem Ausmass auch von Privaten ein. Wenn aber, wie 1893, rund 60% aller Textilarbeiter ohne Arbeit waren, bedeuteten diese Hilfsmassnahmen einen Tropfen auf einen heissen Stein. Besser als jedes statistische Material vermag *der Brief einer arbeitslosen Mutter* an einen Arbeitervertreter in der Unterstützungskommission, abgedruckt im «Vorwärts» vom 30. November 1893, die Lage in einer grossen Familie zu veranschaulichen: «Wertester Herr! Sie möchten doch so gut sein, und sich meiner annehmen; denn ich habe mich auch in die Liste der Arbeitslosen einschreiben lassen, habe aber bis heute noch nichts erhalten! Und ich hätte es so schrecklich nötig. Denn den ganzen Sommer habe ich keinen Verdienst gehabt und sind acht Kinder da, und noch

keine Hilfe. Und der Mann ist blos Taglöhner und verdient im Sommer 3 Fr., jetzt Fr. 2.80, und bei schlechtem Wetter nichts. Und das Schlimmste ist, jetzt hat keiner Schuhe, der Mann läuft auch auf blossem Boden, ich habe auch keine. Zwei Kinder kann ich nicht in die Schule schicken, da sie nichts anzuziehen haben!...»

Seit 1886 besass die organisierte Basler Arbeiterschaft mit dem (zweiten) Arbeiterbund eine Kampforganisation und mit dem «Arbeiterfreund» ein eigenes Organ. Rechnet man noch die wachsende Zahl von Arbeitervertretern im kantonalen Parlament dazu, so erstaunt es wenig, dass in den letzten anderthalb Jahrzehnten vor der Jahrhundertwende die *Lohnbewegungen* (allgemein üblicher, unzutreffender Oberbegriff für Aktionen wie organisierte Verhandlung, Abschluss eines Arbeitsvertrags, passive Resistenz, Sperre und Boykott) und *Streiks* sich Schlag auf Schlag folgten. Die unvollständige, von 1860–1895 reichende Streikgeschichte Herman Greulichs und die grösstenteils noch unveröffentlichten Studien Erich Gruners erlauben es, eine Periodisierung der Streiks auf schweizerischem Boden zu versuchen. Sie ergibt drei Höhepunkte des Streikgeschehens: einen ersten zwischen 1866 und 1875, einen zweiten zwischen 1885 und 1896 und einen dritten zwischen 1905 und 1913. Diese Gliederung trifft auch für Basel weitgehend zu: Nach der «internationalen Gschicht» 1868–1870 folgt ein zweiter Höhepunkt in den Jahren 1885/86 und ein dritter in den neunziger Jahren mit Abschwächung nach 1896.

Es ist hier nicht möglich, auch nur in verkürzter Form eine Basler Streikgeschichte zu schreiben. Einige *Hinweise* müssen genügen.

Die wichtigste Forderung der Gewerkschaften seit der Mitte der achtziger Jahre war der *Zehnstundentag*; für verheiratete Frauen und Jugendliche unter 16 Jahren wurde der Neunstundentag verlangt.

Bezüglich der *Löhne* wiesen die Arbeiterorganisationen immer wieder darauf hin, dass Basel hinter den andern grossen Städten, z.B. Zürich, zurückbleibe. Gefordert wurden Minimallöhne, je nach Branche zwischen 4 und 5 Franken im Tag, oder Durchschnitts-Taglöhne von 4 Franken oder Fr. 4.50.

Gekämpft wurde ferner für die *Freigabe des 1. Mai* als Feiertag, bei den handwerklichen Berufen für die *Abschaffung des Kost- und Logiszwangs beim Meister* und bei den Bierbrauern für das *Verbot des einseitigen Duzens* durch die Vorgesetzten. Seit der Trendwende von 1895 wurden vereinzelt weiterreichende Forderungen gestellt, so ein Zuschlag von 25% für Überzeitarbeit und von 50% für Nacht- und Sonntagsarbeit.

Der vierwöchige *Schreinerstreik* des Jahres *1886,* der während seines Höhepunktes 500 Ausständige zeitigte, fällt mit einem gesamtschweizerischen Tiefstand der Bautätigkeit und einer damit verbundenen Arbeitslosigkeit zusammen. Er weist deshalb viele Züge des aus der Verzweiflung geborenen defensiven Spontanstreiks auf, zeigt aber mit der Forderung des Zehnstundentags auch offensive Züge, die weitgehend auf die eben erfolgte Gründung eines zentralen schweizerischen Holzarbeiterverbandes mit Reservekasse zurückzuführen sind – eine Errungenschaft, auf welche die Tex-

tilarbeiter bis 1902 warten mussten. Noch waren aber weder der schweizerische Holzarbeiterverband noch die im Entstehen begriffene lokale Arbeiterorganisation, der zweite Basler Arbeiterbund, stark genug, um der Bewegung zu einem günstigen Ausgang zu verhelfen.

Zu einem kurzen *Buchdruckerstreik* kam es *Ende 1889.* Zwar scheinen die Typographen den Zehnstundentag erreicht zu haben, doch mussten sie mit zahlreichen Entlassungen einen hohen Preis dafür bezahlen. Als Rädelsführer wurde der ehemalige Commune-Kämpfer François Martin vor Gericht gestellt. Des Anarchismus angeklagt, wurde er der Bundesanwaltschaft übergeben, doch musste die Untersuchung eingestellt werden.

Ein kurzer *Spenglerstreik* im *Mai 1890* scheint mit einem Kompromiss geendet zu haben.

Der *Maurerstreik* von *1895* brach in jenem Augenblick aus, als nach verbreiteter Arbeitslosigkeit im Baugewerbe mit einem langfristigen Konjunkturanstieg in der ganzen Wirtschaft ein eigentlicher Boom des Wohnungsbaus einsetzte. Er entsprang aber nicht dem taktischen Grundgedanken, dass Arbeitskämpfe in einem Augenblick starker Nachfrage nach Arbeitskräften mehr Erfolg versprechen als bei umgekehrter Marktlage, sondern stellte eher eine spontane Verzweiflungsaktion dar, die ihre Ursache in der aus der Depressionszeit herrührenden schlechten Bezahlung der Maurer hatte. Genaue Untersuchungen ergeben, dass die Mehrzahl der Maurer bei einem durchschnittlichen Taglohn von wenig über 4 Franken am Rande des Existenzminimums lebten; war Familie vorhanden, so trat der Zustand akuter Not ein. Es ist denn auch bezeichnend, dass die Hauptforderung der Maurer auf einen minimalen Tageslohn von 5 Franken hinzielte. Zur geringen Freude des Parteiführers Eugen Wullschleger brach der Streik in vorgerückter Stunde der 1. Maifeier aus und drohte damit, diesen Anlass in den Augen des ohnehin kritischen Bürgertums völlig zu diskreditieren. Wie zur Zeit der Internationale wurde die Verantwortung für den Ausbruch – nur teilweise zu Recht – vor allem ausländischen, diesmal vornehmlich italienischen Rädelsführern zur Last gelegt. Bevor die mit einem Sympathiestreik drohenden übrigen Bauarbeiter eingreifen konnten und es zu Handgreiflichkeiten mit der von der Regierung aufgebotenen Feuerwehr kam, lenkten aber dank der Vermittlung der Regierung beide Teile ein und fanden sich in einem Lohnkompromiss. Hauptkonflikt bildete zum erstenmal das *Streikpostenproblem,* das auch in den nächsten beiden Jahrzehnten den eigentlichen Stein des Anstosses bilden wird. Trotz dem unblutigen Ausgang nach nur neun Tagen des Ausstands, an welchem immerhin 2400 Arbeiter beteiligt waren, bildet der Basler Maurerstreik von 1895 den *Auftakt zum Klassenkrieg* in der Rheinstadt.

Nach dem unglücklich verlaufenen Streik von 1885 wandte sich der Posamenterverein 1892 bei katastrophaler Geschäftslage mit zwei Memoranden an die Bandfabrikanten, musste aber erneut deren mangelnde Verhandlungsbereitschaft feststellen. Auch die divide-et-impera-Politik (Verbesserungen in Einzelfällen, Entlassung

der «aktivsten» Arbeiter) wurde einmal mehr angewendet. Zu einem neuen Posamenterstreik kam es im *Sommer 1895*; auf dem Höhepunkt waren über 800 Personen, worunter ein Drittel Frauen, im Ausstand. Ausgelöst von Unorganisierten, unterstützt durch den Posamenterverein, endete er mit blossen Versprechungen der betroffenen Fabrikanten, die einer Niederlage der Streikenden gleichkamen. Die SP und ihr Führer Wullschleger hatten vor unüberlegten Aktionen gewarnt, doch war es erneut zu Auseinandersetzungen wegen des Streikpostenstehens gekommen – diesmal mit der Polizei. Eine positive Folge der missglückten Aktion war der im Oktober gefasste Entschluss, einen Streikfonds anzulegen.

Zu einem kurzen Gärtnerstreik kam es im März 1896. Während die kleinen Betriebe die gemässigten Forderungen der Gehilfen annahmen, blieben die Grossgärtner hart. Der daraufhin ausgebrochene Streik endete mit der Niederlage der schlecht organisierten Gehilfen.

Beim *Malerstreik* vom April *1897* mit 300 Streikenden von 400 Malern erwies sich mit besonderer Deutlichkeit, dass mangelnde Fühlungnahme mit der übrigen organisierten Arbeiterschaft zu Misserfolg führen musste. Weder der Arbeiterbund Basel noch der Schweizerische Gewerkschaftsbund wurden verständigt.

Zum einzigen *Chemiearbeiter-Streik* im letzten Jahrhundert kam es am 25. Mai *1897*; er dauerte zehn Tage. Die Chemiearbeiter wandten sich mit ihren mässigen Forderungen an Regierungsrat Philippi, doch lehnten die Chemischen Gesellschaften eine amtliche Vermittlung ab. Redaktor Wullschleger setzte es durch, dass die Arbeiter der Firma Geigy und dann auch jene der CIBA, die besser gestellt waren als jene kleinerer Fabriken, die Arbeit wieder aufnahmen. Die geringfügigen finanziellen Verbesserungen, die in schroffem Gegensatz zu den hohen Dividenden standen, konnten die Niederlage nicht vertuschen; die vielen Massregelungen von Familienvätern waren ein deutliches Zeichen für die wirklichen Machtverhältnisse. Wieder war der Streik voreilig, ohne Streikfonds und ohne genügende Zusammenarbeit mit dem Arbeiterbund Basel, vom Zaun gerissen worden.

Ohne grosse Auswirkungen blieben der Steinhauerstreik von 1898, jener der Arbeiter am Gasometer im selben Jahr sowie der Kaminfegerstreik und der Erdarbeiterstreik (350 Italiener) des Jahres 1899. Die grossen Auseinandersetzungen standen noch bevor.

3. Kapitel:
Gründung, Aufbau und erste Tätigkeit des zweiten Arbeiterbunds Basel, 1886–1889

a) Die Gründung des zweiten Arbeiterbunds Basel 1886

Das Jahr *1885* stellte, seit der Gründung der Arbeiterunion im Jahre 1873, den absoluten *organisatorischen Tiefpunkt in der Basler Arbeiterbewegung* dar. Nach dem